

# Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



## Ausgabe Februar 2022: Bundesthemen

### **Diskussion über Impfpflicht im Bundestag**

In der Aussprache meldeten sich auch Abgeordnete zu Wort, die aus unterschiedlichen Gründen eine allgemeine Impfpflicht ablehnen. Die AfD-Fraktion legte bereits einen Antrag gegen die Impfpflicht vor. Einige Redner räumten ein, sie hätten sich noch nicht entschieden und seien an einem konstruktiven Austausch der Argumente interessiert.

Im Dezember 2021 hatte der Bundestag bereits eine sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen, die ab Mitte März 2022 greift. Diese Impfpflicht gilt etwa für Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Die AfD-Fraktion stellt auch diese Regelung grundsätzlich infrage. Bereits seit März 2020 gilt in Deutschland außerdem eine indirekte Impfpflicht gegen Masern für Kinder vor Eintritt in Kitas oder Schulen sowie für Personal in Gemeinschaftseinrichtungen.

Gruppenanträge von Abgeordneten werden erwartet

Die Abgeordneten sollen in der sensiblen Frage der Impfpflicht ohne Fraktionszwang entscheiden dürfen. Die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP hat keinen eigenen Gesetzesvorschlag vorgelegt, dafür werden konkurrierende Gruppenanträge von Abgeordneten mit unterschiedlicher Zielsetzung erwartet, die nach der Orientierungsdebatte vorgelegt werden sollen. Eine Entscheidung könnte dann im März fallen.

Die alte Bundesregierung aus Union und SPD hatte stets versichert, es werde in der Corona-Krise keine Impfpflicht geben. Der Kurswechsel wird nun damit begründet, dass die Impfkampagne weniger erfolgreich verlaufen ist als erhofft und nicht ausreicht, um das Virus dauerhaft einzudämmen. Zudem könnten neue, gefährliche Mutanten einen weiteren Lockdown nötig machen.

*Es folgen Stellungnahmen von Abgeordneten:*

Schmidt: Der Weg aus der Pandemie heißt impfen

Dagmar Schmidt (SPD) plädierte in ihrer Rede für eine allgemeine Impfpflicht. Drei Impfungen böten einen guten Schutz. In die Impfpflicht einbezogen werden sollten alle

Bürger ab 18 Jahren mit Ausnahmen für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen könnten.

Sinnvoll seien eine Nachweispflicht und Bußgelder, bei denen aber Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollte. Schmidt betonte: „Wir haben einen Weg aus der Pandemie, der heißt impfen.“

Sorge: Boostern ohne Ende kann nicht die Option sein

[...]

Bei der Ausgestaltung der Impfpflicht müssten fachliche Bedenken ebenso berücksichtigt werden wie verfassungsrechtliche Fragen. Es gebe zahlreiche offene Fragen, sagte Sorge und fügte in Anspielung auf die nachlassende Wirkung von Impfstoffen hinzu: „Boostern ohne Ende kann nicht die Option sein.“ [...]

Kappert-Gonther: Bestehende Impflücken schließen

Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) warb für die Impfpflicht und begründete dies mit den medizinischen und gesellschaftlichen Verwerfungen. „Uns eint, dass wir die Pandemie überwinden wollen.“ Impfen sei der Schlüssel dafür, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Dafür müsse die Impfquote aber höher werden. „Wir stehen in der Verantwortung, die bestehenden Impflücken zu schließen.“

Daher halte sie die Einführung der allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahre für richtig, [...]

Chrupalla: AfD lehnt die Impfpflicht vollständig ab

Tino Chrupalla (AfD) zeichnete erneut ein düsteres Bild der aktuellen Lage und wandte sich gegen immer neue Einschränkungen und Verbote. Die Regierung versuche, ihre autoritären Bestrebungen durch das Parlament zu bringen. [...]

Buschmann: Mildere Alternativen prüfen

Dr. Marco Buschmann (FDP) hielt der AfD vor, mit wüsten Beschimpfungen statt konstruktiven Ideen keinen Beitrag zur Lösung der Probleme zu bringen. Er bedankte sich bei den anderen Fraktionen, das Format der Orientierungsdebatte ermöglicht zu haben. Nun könne jeder Abgeordnete frei seine Bedenken und Sorgen anbringen. „Es gilt eben nicht die Logik der Macht, sondern die Logik des Arguments.“

Buschmann ging in seiner Rede auf die komplexen rechtlichen Fragestellungen ein und forderte eine sorgfältige Abwägung. Es müsse immer wieder die Frage beantwortet werden, ob ein milderes Mittel als das in Aussicht genommene zur Verfügung stehe. Wenn der Expertenrat sage, dass über 50-Jährige die größte Sorge seien, müsse als

mildere Alternative eine altersgestufte Impfpflicht ernst genommen werden. Wenn effektive Medikamente gegen Covid-19 zur Verfügung stünden, sei auch das womöglich eine Alternative. Er selbst traue sich noch keine abschließende Meinung zu, plädiere aber dafür, mildere Alternativen zu prüfen.

Vogler: Risiken werden massiv unterschätzt

Nach Ansicht von Kathrin Vogler (Die Linke) wäre eine Durchseuchungsstrategie unethisch. Der Staat müsse seine Bürger schützen. Sie sprach von einer teilweise völlig verzerrten Risikowahrnehmung in der Bevölkerung. So würden Risiken massiv unterschätzt. Dafür fürchteten manche Menschen sich vor sicheren Impfstoffen.

[...]

Baehrens: Befristete Impfpflicht für Erwachsene sinnvoll

Heike Baehrens (SPD) stellte klar: „Es gibt nur einen Gegner in der Pandemie und das ist das Virus.“ Sie werbe dafür, sich angesichts einer ungewissen Zukunft für eine bewusste Vorsorge zu entscheiden. Zwar ändere sich der Wissensstand ständig, es gebe aber die Gewissheit, dass Impfen schütze. Sie warnte davor, zu glauben, dass die jetzige Omikron-Welle die letzte in der Pandemie sei und forderte, einen dritten unvorbereiteten Pandemie-Herbst dürfe es nicht geben.

Darum sei eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene, befristet und mit freier Impfstoffwahl sinnvoll. Jetzt sei eine mutige Weichenstellung nötig, um vor die Welle zu kommen. Eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren würde die Botschaft aussenden, dass alle füreinander in der Verantwortung stünden.

Lindholz: Impfreister unverzüglich auf den Weg bringen

[...]

Die Bundesregierung müsse unverzüglich ein Impfreister auf den Weg zu bringen. Lindholz forderte: „Packen Sie endlich an.“

Kubicki: Impfung als befreiendes Gefühl erlebt

Wolfgang Kubicki (FDP) berichtete, er habe sich bewusst für die Impfung entschieden und dies als befreiendes Gefühl erlebt. Die Frage sei, wie die Wirkung ausfalle, wenn jemand gegen seinen Willen geimpft werde. Die Gründe, sich nicht impfen zu lassen, könnten vielfältig sein. Die Impfung sei sicher vernünftig.

[...]

Ullmann: Das Virus nicht gewähren lassen

Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP) warb für ein abgestuftes Konzept und erinnerte daran, dass die Möglichkeit der Impfung ein Privileg sei. Die schnelle Entwicklung des Corona-Impfstoffes sei eine der größten Leistungen der Medizin in den vergangenen hundert Jahren. Das Ziel sei jetzt die schnellstmögliche Rückkehr in den „freiheitlichen Normalzustand“. Die natürliche Durchseuchung sei gefährlich. „Als Arzt schließe ich aus, das Virus gewähren zu lassen.“

[...]

Quelle: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw04-de-impfpflicht-877070>  
(redaktionell editiert)

→ Hier findet ihr auch weitere Informationen und die Videos zu den einzelnen Reden.

## **Bundesregierung plant Entlastung der Bürgerinnen und Bürger**

### 1. Unterstützung bei den Stromkosten – EEG-Umlage fällt weg

Angesichts der gestiegenen Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Wirtschaft wird die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits zum 1. Juli 2022 entfallen. Die Koalition verbindet damit die Erwartung, dass die Stromanbieter die sich daraus ergebende Entlastung der Endverbraucher in Höhe von 3,723 ct/kWh in vollem Umfang weitergeben. Die Übertragungsnetzbetreiber werden verpflichtet, die EEG-Umlage angesichts veränderter Rahmenbedingungen unterjährig neu zu berechnen. Die Ausnahmen, die an die EEG-Umlage gekoppelt sind, werden ebenso wie die Ausnahmen von den Energiesteuern sowie Kompensationsregeln mit Wirkung zum 1. Januar 2023 überprüft und angepasst.

### 2. Unterstützung bei der Steuer – Arbeitnehmerpauschbetrag wird erhöht

Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, wird der Arbeitnehmerpauschbetrag bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro erhöht. Dieser erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

### 3. Unterstützung bei der Steuer – Grundfreibetrag wird erhöht

Außerdem wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro angehoben. Dieser erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

#### 4. Unterstützung für Fernpendler – Fernpendlerpauschale wird angehoben

Angesichts der gestiegenen Preise für Mobilität wird die am 1. Januar 2024 anstehende Erhöhung der Pauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) sowie der Mobilitätsprämie vorgezogen. Sie beträgt damit rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 38 Cent. Die Bundesregierung strebt noch in dieser Legislaturperiode eine Neuordnung der Pendlerpauschale an, die ökologisch-soziale Belange der Mobilität besser berücksichtigt.

#### 5. Unterstützung für Bedürftige – Coronazuschuss wird eingeführt

Erwachsene Beziehende von existenzsichernden Leistungen werden mit einer Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro unterstützt. Davon profitieren insbesondere diejenigen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung erhalten.

#### 6. Unterstützung für Kinder – Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder kommt

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder wird zum 1. Juli 2022 auf den Weg gebracht. Er soll in Höhe von 20 Euro pro Monat bis zur Einführung der Kindergrundsicherung denjenigen Kindern helfen, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.

#### 7. Unterstützung für Geringverdienende – Erhöhung des Mindestlohns kommt

Die heute vom Bundeskabinett beschlossene Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro sorgt für eine Erhöhung des Nettoeinkommens für viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Deutsche Bundestag wird das entsprechende Gesetz zügig beschließen.

#### 8. Unterstützung bei der Steuer – Corona-Hilfe-Paket kommt

Zur Entlastung von Bürokratie und Abgaben in der Pandemie hat die Bundesregierung das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen, das im Wesentlichen folgende Maßnahmen enthält:

- Erweiterte Verlustverrechnung (Betriebsverluste der Jahre 2022 und 2023 können bis 10 Millionen Euro auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Jahre zurückgetragen und mit den entsprechenden Gewinnen verrechnet werden),
- Verlängerung degressive Abschreibung um ein Jahr (auch in 2022 getätigte Investitionen sollen degressiv abgeschrieben werden können),
- Verlängerung Home-Office-Pauschale von jährlich maximal 600 Euro um ein Jahr.

- Steuerbefreiung Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld (freiwillige Aufstockungen des Arbeitgebers sollen bis zum 30.06.2022 steuerfrei sein),
- Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus (auch für 2022 soll es einen neuen einmaligen Steuerfreibetrag für Beschäftigte in Pflegebereichen von max. 3.000 Euro geben) und
- Verlängerung Abgabe der Steuererklärungen für 2020, 2021 und 2022 (die Abgabefrist für die Steuererklärungen des Jahres 2020 durch Steuerberater soll bis zum 31. August 2022 verlängert werden. Zugunsten aller Steuerpflichtigen wird auch die Abgabefrist für die Steuererklärungen der Jahre 2021 und 2022 verlängert.)

Der Deutsche Bundestag wird das Gesetz zügig beschließen.

#### 9. Unterstützung für Beschäftigte und Unternehmen – Kurzarbeitergeld wird verlängert

Die Bundesregierung hat die zum 31. März 2022 auslaufenden Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022 verlängert (Höchstdauer von bisher 24 Monaten auf 28 Monate, Regelungen zu den erhöhten Leistungssätzen bei längerer Kurzarbeit, Anrechnungsfreiheit von Mini-Jobs, Zugangserleichterungen).

#### 10. Heizkostenzuschuss kommt

Der von der Bundesregierung beschlossene einmalige Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende, Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende mit unterstützenden Leistungen wird zügig vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Energiepreise erhalten Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld 135 Euro (und Wohngeld-Haushalte mit zwei Personen 175 Euro sowie pro weiterem Familienmitglied 35 Euro), Azubis und Studierende im Bafög-Bezug 115 Euro pro Person. Der Heizkostenzuschuss soll im Sommer gezahlt werden, wenn in der Regel die Heizkosten- oder Nebenkostenabrechnungen anstehen.

(Quelle: Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 23.02.2022)

# Parlamentarischer Staatssekretär Sven Lehmann informiert über Fördermaßnahmen gegen Einsamkeit im Alter

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

Millionen Menschen in Deutschland fühlen sich einsam, ältere wie jüngere. Corona hat die Situation noch verschärft. Besonders ältere Menschen sind auf Unterstützung angewiesen. Ihnen fällt es schwerer, Wege aus der Einsamkeit und sozialen Isolation zu finden. Vor allem bei Älteren über 80 Jahren besteht ein deutlich höheres Risiko einer sozialen Isolation, insbesondere wenn Schicksalsschläge, Erkrankungen, Einschränkungen der Mobilität, Altersarmut oder ein Migrationshintergrund hinzukommen. Aber es gilt auch vorzubeugen und früh die Weichen für ein gutes Älterwerden zu stellen, z. B. am Übergang in die nachberufliche Phase.

Das Bundessenorenministerium startete am 1. Februar das Bewerbungsverfahren für ein neues Programm gegen Einsamkeit im Alter, das aus Mitteln des ESF Plus finanziert wird. Noch bis zum 15. März können sich Träger bewerben. Rund 80 Projekte sollen ab Oktober 2022 bis September 2027 im neuen ESF Plus Programm „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen - gegen Einsamkeit und Isolation“ gefördert werden.

Antragsberechtigt sind gemeinnützige Träger der Freien Wohlfahrtspflege und freie gemeinnützige Träger in Deutschland und neu - auch Gemeinden, Landkreise, kreisfreie Städte und Bezirke in einem Stadtstaat. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Information an Ihre Partner und Kommunen weitergeben. Für Rückfragen steht die Regiestelle zur Verfügung..

Gerne weise ich heute außerdem auf die derzeit bundesweit rund 140 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekte gegen Einsamkeit im Alter hin. Die Vorhaben mit Übersicht der Standorte auf einer Projektlandkarte samt Wahlkreis sind nachstehend verlinkt. Über Ihr Interesse und ggfs. Unterstützung vor Ort in Ihrem Wahlkreis freue ich mich natürlich.

- Das Modellprojekt „Miteinander – Füreinander: Kontakt und Gemeinschaft im Alter“ des Malteser Hilfsdienstes e. V. erreicht an rund 110 Standorten seit Juli 2020 bis Dezember 2024 vorwiegend hochaltrige Seniorinnen und Senioren. Projektlandkarte Miteinander – Füreinander

- Im Bundesmodellprogramm „Stärkung der Teilhabe Älterer – Wege aus der Einsamkeit und sozialen Isolation im Alter“ sprechen die 29 Projekte mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) seit Oktober 2020 bis September 2022 auch die jüngeren Älteren am Übergang in die nachberufliche Phase an. Projektlandkarte Stärkung der Teilhabe Älterer

Ergänzt werden die Aktivitäten des BMFSFJ im Bereich Einsamkeit nunmehr durch das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE), welches öffentlichkeitswirksam am 10. Februar

startete. Damit wird der Zielgruppenfokus geweitet, da das Netzwerk Einsamkeit im gesamten Lebensverlauf, also für alle Altersgruppen, und in spezifischen Lebenslagen in den Blick nimmt.

Durchgeführt vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. wird das KNE zunächst bis Ende 2022 Faktoren der aktiven Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit erforschen, Strategien gegen Einsamkeit weiterentwickeln sowie Wissen zum Thema weiterverbreiten. Es ist ein offenes Netzwerk mit unterschiedlichen Arbeits- und Austauschformaten, zu dem auch Sie herzlich eingeladen sind.

Lassen Sie uns gemeinsam helfen, Einsamkeit zu überwinden und das solidarische Miteinander in der Gesellschaft zu stärken. Ich freue mich drauf.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Lehmann

# Schreiben der Bundesministerin der Verteidigung an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages



Bundesministerium  
der Verteidigung

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

An alle Abgeordneten  
des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT

POSTANSCHRIFT

TEL

FAX

**Christine Lambrecht**

Bundesministerin der Verteidigung

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin  
11055 Berlin

+49 (0)30 2004-22000

+49 (0)30 2004-22004

Berlin, 25. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mitten in Europa, nur zwei Flugstunden von Berlin entfernt, herrscht Krieg. Was wir erleben ist ein skrupelloser, brutaler Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Putin versucht seine verbrecherischen Großmachtphantasien mit roher Gewalt durchzusetzen und nimmt dafür großes menschliches Leid in Kauf. Die Bundesregierung verurteilt diesen kriegerischen Akt aufs Schärfste und fordert die russische Führung auf, alle Kampfhandlungen sofort einzustellen und alle russischen Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine und weiß sich in dieser Frage einig mit seinen Partnern in der Europäischen Union und in der NATO.

Der Angriff auf die Ukraine ist eine Zäsur von weltpolitischer Bedeutung. Er ist nach 1945 ohne Beispiel. Nicht nur die europäische Friedensordnung, zu der sich auch Russland nach 1990 bekannt und verpflichtet hat, ist schwer beschädigt. Russland bricht Völkerrecht und tritt die gemeinsamen und verbindlichen Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Charta von Paris mit Füßen.

Angesichts dieser Entwicklungen hat sich auch die Lage für unsere osteuropäischen Bündnispartner noch einmal deutlich verschärft. Wir wissen nicht, wie weit Russland seine Aggression treiben wird. Unsere osteuropäischen Verbündeten sehen sich durch das aggressive und zynische Vorgehen Russlands zunehmend bedroht. In der NATO haben wir auf diese Bedro-

hung eine klare Antwort: Wir stehen zusammen. Die Sicherheit unserer Verbündeten ist unser aller Sicherheit. Und diese Sicherheitsgarantie löst die NATO gegenüber unseren osteuropäischen Verbündeten ein. Dabei leistet die Bundeswehr einen gewichtigen und von unseren Verbündeten hoch geschätzten Beitrag.

Deutschland beteiligt sich mit rund 13.500 Soldatinnen und Soldaten an der NATO Response Force (NRF). Damit stellen wir wesentlicher Truppensteller dieser multinationalen Eingreiftruppe aus Boden-, Luft und Seestreitkräften. Innerhalb der NRF führt Deutschland eine Einheit mit besonders hoher Bereitschaft (die Initial Follow-On Forces Group, IFFG). In Reaktion auf die aktuelle Krise wurde die Bereitschaft dieser Kräfte noch einmal erhöht.

In Reaktion auf die aktuelle Krise und auf Bitten unserer litauischen Verbündeten haben wir unser Kontingent bei der multinationalen Enhanced Forward Presence (eFP) Battlegroup in Litauen noch einmal um rund 350 Soldatinnen und Soldaten auf nunmehr insgesamt 900 erhöht. Sie alle stehen für eine wirksame Abschreckung an der Ostflanke der NATO.

Wir beteiligen uns an der Kontrolle und dem Schutz strategisch wichtiger Seewege sowohl im Nordatlantik, Nord- und Ostsee (Standing NATO Maritime Group 1, SNMG 1) als auch im Mittelmeer (Standing NATO Maritime Group 2, SNMG 2). Beide Missionen verstärken wir aufgrund der aktuellen Krise mit je einem Kriegsschiff.

Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des NATO-Luftraums im Rahmen des enhanced Air Policing South (eAPS). Erst kürzlich haben wir dazu drei Eurofighter nach Rumänien entsandt. Jetzt haben wir diesen Einsatz verlängert und die Zahl der eingesetzten Eurofighter auf sechs verdoppelt.

Mit diesen und weiteren Beiträgen (s. Anhang) zeigen wir unseren Bündnispartnern: Auf die Bundeswehr ist Verlass. Deutschland ist da, wenn es gebraucht wird. Und wir prüfen derzeit intensiv, wie wir unser Engagement zum Schutz unserer osteuropäischen Bündnispartner noch ausweiten können. In Kürze werden wir ein Erkundungsteam unserer bodengebundenen Luftverteidigungskräfte (Patriot) entsenden, um zu klären, wie wir den Schutz des Luftraums gemeinsam mit unseren Verbündeten verstärken können.

Die Krise, die Russland vom Zaun gebrochen hat, zeigt uns: Im Moment der Gefahr zählen wehrhafte, einsatzbereite Streitkräfte. Seit der Krimkrise 2014 wächst der Verteidigungshaushalt. Aber zuvor haben wir fast eine Generation lang gespart und gekürzt. Das hat in unserer Bundeswehr strukturelle Lücken geschlagen, die sich auch bei Steigerungen nur mit langem Atem schließen lassen. Ganz zu schweigen von den zusätzlichen Fähigkeiten, die wir in einer veränderten Bedrohungslage noch hinzugewinnen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass der Verteidigungsetat weiter anwachsen muss. Die neue Sicherheitslage macht das noch nötiger. Diese neue Lage zeigt, dass unsere NATO-Verpflichtungen kein Luxusanliegen sind, sondern Kern unserer staatlichen Sicherheit, Kern der deutschen Bündnistreue und Kern einer Sicherheitspolitik, die sich als Investition in die Zukunft künftiger Generationen versteht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christine Lambrecht'.

Weitere Themen als Links:

Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Russland:

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-rat-beschliesst-neues-sanktionspaket-gegen-rusland-2022-02-25\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-rat-beschliesst-neues-sanktionspaket-gegen-rusland-2022-02-25_de)

7. Stellungnahme des ExpertInnenrates der Bundesregierung zu Covid-19:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2006266/cbaaebf3c847da6c54b5b4e1899ab0d1/2022-02-17-siebte-stellungnahme-expertenrat-data.pdf?download=1DdQWFWDWDSqwdsts>